

# ALLES BEGINNT MIT GUTER PILL



Der neue geschäftsführende Vorstand (von links:): Ulf Rödde, Ika Hoffmann, Ulrich Hinz, Petra Grundmann, Andreas Keller, Marlis Tepe, Norbert Hocke, Andreas Gehrke, Frauke Gützkow, Ansgar Klinger

## Wechsel im Vorstand, Um- und Aufbrüche

Gewerkschaftstag – alle 4 Jahre wieder –  
zwischen Ritual und lebendiger  
Auseinandersetzung

Viereinhalb randvolle Tage mit hunderten von Anträge, dazu Zusatz- und Änderungsträge sowie Dringlichkeitsanträgen, 15 rot gedruckte Empfehlungen und Zusammenfassungen der Antragskommission, jede Menge Wahlen mit Vorstellungsreden und 5 Wahlkampfreden (Gabriel/SPD, Laschert/CDU, Trittin/Grüne, Lindner/FDP, Gysi/DieLinke) auf 3 Tage verteilt wurden von den Gewerkschaftsdelegierten auf dem Düsseldorfer Messegelände teilweise von morgens um 9.00 bis längstens 22.00 (Samstag) bewältigt. Es gab auch Kulturelles bei der Eröffnungsveranstaltung. Am Freitagabend lud der gastgebende Landesverband NRW zu einem Fest auf mehreren Etagen in das Museum Kunstpalast, auf dem von Kunst über Kabarett bis Mu-

sik und Tanz alles geboten wurde und von dem alle schwärmten.

432 Delegierte reisten aus ganz Deutschland an. 53 Delegierte waren unter 35 Jahre und der älteste als Seniorendelegierter hatte das stolze Alter von 77 Jahren. Hamburgs 20 Delegierte gingen in dem Meer der Delegierten aus den großen Flächenbundesländern wie Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen etwas unter. Unter den Hamburger Delegierten befand sich der neu gewählte Vorstand mit Anja Bensingers-Stolze, Regine Treptow und Fredrik Dehnerdt.

### Internationale Solidarität

Bei der Eröffnungsveranstaltung waren 120 internationale Gäste anwesend. Ein Hauch von internationaler Solidarität mit

den türkischen Demonstranten vom Taksim-Platz in Istanbul, der zeitgleich am 12.6.13 von Erdogan geräumt wurde, wehte durch den Tagungssaal, als der Vorsitzende der türkischen Lehrgewerkschaft zu uns sprach. Es brandete starker Beifall auf, die dem Vorsitzenden Mehmet Bozgeyik sichtlich gut tat und ihm neue Energie gab, gegen die repressive türkische Regierung weiterzukämpfen. Die Solidaritätserklärung mit den türkischen Kollegen wurde einstimmig gefasst.

### Satzungsänderungen – alles bleibt beim Alten

Für jeden Tag musste die Mandatsprüfungskommission die exakte Delegiertenzahl ermitteln, damit die Mehrheitsverhältnisse für die Wahlen und Antragsabstimmungen ermittelt werden konnten.

Fast kein Satzungsänderungsantrag bekam die notwendige zweidrittel Mehrheit von 282 Delegierten: den Vorstand von 8 auf 6 Mitglieder zu verkleinern bzw. um einen Seniorenvertreter zu erweitern wurden verworfen, eine Frauenquote



scheiterte ebenso wie den 1. Vorsitz durch eine Doppelspitze aus Mann/Frau zu ersetzen. Auch den politischen Generalstreik in der Satzung zu verankern, fand nach heftiger Debatte nicht die notwendige Unterstützung der Delegierten. Davon später noch mehr.

Damit wanderten rund 100 gelbe Papierseiten als abgelehnt in den Papierkorb.

### **Abschiede und Kampfkandidaturen**

Ulrich Thöne, der 1. Vorsitzende, Marianne Demmer, die 2. Vorsitzende, Ilse Schäd, die Verantwortliche für das Tarifgeschehen und Stefanie Odenwald – ehemalige Hamburger GEW-Vorsitzende – sowie Anne Jenter, die Frauenverantwortliche, verlassen nach zwei Amtsperioden den Vorstand der GEW. Unter stehenden Ovationen wurde ihnen für ihren 8-jährigen Einsatz für die GEW gedankt und sie wurden mit Blumensträußen überhäuft.

Im Anschluss an den Rechenschaftsbericht von Ulli Thöne über die vergangenen 4 Jahre tat sich eine Kontroverse über das Verhältnis der GEW zu ver.di auf.

Niedersachsen    Vorsitzenden

der Eberhard Brand kritisierte, dass während der letzten Tarifrunde TdL unabgesprochene Gespräche mit ver.di geführt worden seien mit dem Ziel der Verschmelzung von ver.di und GEW. Sowohl Ulli Thöne als auch Ilse Schäd wiesen diesen Vorwurf der konspirativen Verhandlungen mit ver.di zurück. Vielmehr habe es Gespräche auf Vorstandsebene während der Tarifrunde gegeben, die die Möglichkeit der Kooperation innerhalb der Tarifverhandlungen 2013 ausgelotet und eine gemeinsame Strategie im Tarifkampf koordiniert hätten.

Nach dem Scheitern der Satzungsänderung für eine Doppelspitze gab es eine Kampfkandidatur von Marlis Tepe (59 Jahre) aus Hütbleck/Segeberg, der „schleswig-holsteinischen Provinz“ gegen Norbert Hocke (61 Jahre), dem langjährigen Hauptamtlichen im Frankfurter Hauptvorstand für Kinder- und Jugendhilfe sowie Schulsozialarbeit. Marlis Tepe wurde von den Landesverbänden Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen sowie dem Bundesfrauenausschuss vorgeschlagen, während Norbert Hocke von Rheinland-Pfalz, dem Bundesausschuss für Senioren und Seniorinnen und der Bundesfachgruppe Realschulen unterstützt wurde. Marlis Tepe, die auf umfangreiche Erfahrungen im Landesvorstand und Tätigkeit im Hauptpersonalrat in Schleswig-Holstein zurückgreifen kann, hielt eine sehr persönlich geprägte Vorstellungsrede, ohne sich in Detailfragen festzulegen oder zu exponieren, während Norbert Hocke routinierter durch seine langjährige GEW-Vorstandsarbeit wirkte. Alle beide wollen den Generationenwechsel sowohl in der Mitgliedschaft als unter den Funktionären befördern. Große inhaltliche Unterschiede aus den Vorstellungsreden habe ich nicht heraushören können, vielleicht unterschiedliche Schwerpunk-

setzungen bedingt durch ihre jetzigen Arbeitsschwerpunkte.

Für die neue Vorsitzende waren 2 Wahlgänge notwendig. Im ersten Wahlgang erreichte Marlis Tepe mit 207 Stimmen einen deutlichen Vorsprung vor Norbert Hocke mit 133 Stimmen, aber die einfache Mehrheit von 213 Stimmen wurde von ihr verfehlt. Letztlich entschieden sich im zweiten Wahlgang 216 von 415 anwesenden Delegierten (52,4%) für Marlis Tepe, die Frau vom Lande und 175 (42,5%) gegen den hauptamtlichen Funktionär der Bundeszentrale. Damit stand um 19.35 am Donnerstagabend die neue Vorsitzende fest.

Norbert Hocke verzichtete auf eine weitere Kandidatur zum stellvertretenden Vorsitzenden und bleibt damit weiterhin in der Frankfurter GEW-Zentrale für Kinder- und Jugendhilfe und Schulsozialhilfe zuständig. Er wurde darin am Freitag mit 83,9% der Stimmen vom Gewerkschaftstag bestätigt. Nach dem Verzicht von Norbert Hocke auf die Kandidatur zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Andreas Keller, der bisherige und auch künftige Hauptverantwortliche für den Hochschulbereich, mit 84,5% in diese Funktion gewählt.

Die langjährige Schatzmeisterin Petra Grundmann aus Nürnberg wurde bestätigt. Neu in den 8 köpfigen Vorstand wurde Ilka Hoffmann gewählt, die aus dem Saarland kommt. Sie konnte sich im 2. Wahlgang gegen 3 Mitbewerberinnen, unter anderem gegen Susanne Gondermann aus Hamburg, für den Bereich Schule durchsetzen. Andreas Gehrke aus dem DGB-Funktionärskreis für die Tarifpolitik wurde der Nachfolger für Ilse Schäd. Ansgar Klinger wurde für die berufliche Bildung und Weiterbildung als der Nachfolger für die Hamburgerin Steffi Odenwald gewählt und Frauke Gützkow übernahm von Anne Jenter den Bereich Frauenpolitik.

## Mitgliederwerbung

Besonders stolz ist die GEW über ihren Mitgliederzuwachs seit 4 Jahren von 252000 auf 266000 Mitglieder. Damit ist sie die einzige Gewerkschaft im DGB, die steigende Mitgliederzahlen hat. Die Kollegin Moritz, die Vorsitzende aus Baden-Württemberg, stellte ausführlich dar, wie das Projekt Mitgliederwerbung die GEW jugendlicher und für neue Lehrer- und Erzieher\_innen attraktiver machen soll. „Junge werden keine Mitglieder, weil sie keinen begegnen“ rief sie in den Saal. Die GEW soll Präsenz, Präsenz und noch einmal Präsenz im Alltag zeigen.

Die beste Mitgliederwerbung sind natürlich Aktionen und Streiks zur Durchsetzung von Interessen, sie bewirken jedes Mal große Eintrittswellen.

Für Gruppen, die häufig austreten wie die Pensionäre und jüngere Kolleginnen, die in den Mutterschutz und Elternzeit gehen, müsste man spezielle Angebote anbieten, die sie zum Verbleib in der GEW motivieren.

## Tarifgeschehen, Beamtenstreik, politischer Generalstreik

Wie ein roter Faden durchzogen diese Schlagwörter den Kongressverlauf und bildeten damit den Schwerpunkt dieses Gewerkschaftstages.

Besonders zur Sache ging es beim Tariffrecht und dem Verhältnis zu ver.di, wie sich schon bei der Aussprache zum Geschäftsbericht von Ulli Thöne zeigte. Im letzten Tarifvertrag konnte sich die GEW bei der einheitlichen Eingruppierung von 200000 angestellten Lehrer\_innen in die Gehaltsgruppe E13 nicht durchsetzen und empfindet dies als herbe Niederlage. Nach wie vor können die Arbeitgeber des TdL, die 16 Bundesländer, von einander abweichende, relativ willkürliche Regelungen bei der Eingruppierung von

Lehrer\_innen von E11 bis E13 treffen und die Erfahrungsstufen festlegen. In der Tarifrunde 2012/13 haben sich die Bundesländer geweigert, darüber überhaupt zu verhandeln. Diese Haltung der Bundesländer geißelt die GEW als Angriff auf die Tarifautonomie, die durch das einseitige Diktat der Eingruppierungsrichtlinien gefährdet wird. Der Versuch der Bundesländer, mit einem Brief vom Mai an ver.di-Chef Bsirske einen Keil zwischen GEW und ver.di zu treiben, wurde von allen Beteiligten zurück gewiesen. Bsirske sicherte der GEW in seiner Rede die volle Unterstützung im Kampf um die Eingruppierung der 200000 angestellten Lehrer\_innen zu.

Dennoch gibt es tiefer liegende Probleme: Die GEW konnte nicht genügend Mitglieder für einen Erzwingungsstreik mobilisieren, um Druck auf die Tarifvereinigung der Bundesländer zu erzeugen. Auch ver.di, deren Mitgliedschaft vor allem im Bereich des Bundes und der Kommunen, also im Bereich des TVöD stark und streikfähig ist, kann im Bereich des TdL aufgrund geringerer Mitgliederzahlen keinen Erzwingungsstreik organisieren, dies muss die GEW in diesem Bereich allein wuppen. So machte auf dem Gewerkschaftstag das geflügelte Wort die Runde, dass die GEW zwar tariffähig geworden ist, aber nicht streikmächtig, um Forderungen durchzusetzen. Aufgrund dieser negativen Erfahrungen der zentralen Verhandlung bei der LEGO-Kampagne soll versucht werden, die Strategie gegenüber den Bundesländern zu ändern und die Lehrereingruppierungsordnung (LEGO) in einzelnen Ländern wie Berlin und Sachsen-Anhalt, in denen der Organisationsgrad der angestellten Lehrer\_innen besonders hoch ist, durch Streik zu erzwingen. Es wurde auch schon fleißig gestreikt. Der Erfolg steht noch aus.

Aufgrund der erhöhten

Streikaktivitäten stimmte der Gewerkschaftstag einer moderaten Beitragserhöhung um 0,33% zur Stärkung des Kampffonds zu.

Insgesamt steckt die GEW in den Bundesländer noch in einem weiteren Dilemma: der größte Teil ihrer Mitglieder – vor allen im Westen – sind Beamt\_innen und dürfen nicht streiken. Deshalb gibt es bei der Mobilisierung in den Tarifkampagnen Schwierigkeiten und es kommt nur in geringem Maße auf der Straße zu Unterstützungsaktionen für die Streiks der Angestellten. Die Folge davon ist, dass nur zwei Länder das Tarifergebnis auf das Gehalt ihrer Beamten übertragen: Bayern und Hamburg. Aus diesem Grund kam es bei der Eröffnung des Gewerkschaftstages zu einer Protestaktion gegen die grüne NRW-Ministerin Sylvia Löhrmann, die ab A11 keine Erhöhung gewähren will, um den Landshaushalt zu entlasten. Das Protestplakat zur Begrüßungsrede durch die stellvertretende NRW-Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann brachte die Stimmung der Delegierten auf den Punkt: „Blockade beim Tarifvertrag, Wortbruch bei der Besoldung.“

Der Befreiungsschlag aus dem Dilemma der GEW bei Tarifverhandlungen wäre, dass auch beamtete Lehrer\_innen für ihre Ziele streiken dürfen. So wurde es auch im Antrag des Landesverbandes Bremen gefordert und beschlossen. Angenommen Sonnabend um 14.40.

Mit einer Klage vor dem deutschen Verfassungsgericht ist der Weg zum Streikrecht für Beamte schon beschritten. Falls das Streikrecht den Beamten verwehrt wird, bleibt der Weg zum europäischen Gerichtshof für Menschenrechte – zugegebenermaßen ein langer Weg,

Die Verankerung eines allgemeinen politischen Generalstreiks in der Satzung der GEW, in §5 Ziffer 2, fand nach heftiger

Debatte nicht die Zweidrittelmehrheit. Einen Generalstreik schreibt man nicht in die Satzung, sondern man praktiziert ihn mit großen gesellschaftlichen Vereinigungen und Bewegungen. Es wurde auch darauf verwiesen, dass zwar in den Staaten Südeuropas zahlreiche Generalstreiks stattfinden, aber nicht in Deutschland. Deutschland hat kaum Erfahrungen mit politischen Generalstreiks, den letzten gab es anlässlich des Kappputsches 1920.

### **Lehrerausbildung verändern**

Einen großen Brocken sowohl in der Antragslage als auch in vielen Diskussionsbeiträgen stellte die künftige Ausgestaltung der Lehrerausbildung dar. Am Sonnabend um 20.00 wurde der Punkt aufgerufen und dauerte bis 22.00 an, bis die Delegierten ins Bett fielen. Der Vorschlag ist, dass es nur noch ein Lehramt für Gymnasien, die Sekundarschulen I und die Primarschulen mit einheitlicher Besoldung mit der Eingangsstufe A13 bzw. E13 geben soll, damit nicht alle auf Lehramt an Gymnasien wegen der besseren Bezahlung studieren. Schluss mit der Konkurrenz der Lehrämter untereinander und der unterschiedlichen Bezahlung! Die Reproduktion der Dreigliedrigkeit durch die Lehrerausbildung muss aufgehoben werden und ein umfassendes Verständnis von inklusiver Bildung mit sonderpädagogischen Inhalten gehört zu den Studienanforderungen. Viele Kolleg\_innen meldeten sich zu Wort, die befürchten, dass die Fachlichkeit in der Lehrerausbildung zu kurz kommt, so dass die pädagogischen und sozialpädagogischen Anteile ein zu großes Übergewicht bekommen..

Die Ausbildung der Lehrer\_innen soll vom Hochschulstudium über den Vorbereitungsdienst, die Berufseinstiegsphase und die Fortbildung aus einem Guss sein und muss bundesweit einheitlich

geregelt werden. Das Studium soll eine durch hohe Praxisanteile begleitete Ausbildung sein, in der nicht eine Prüfung am Schluss steht, sondern die Prüfungsleistungen können studienbegleitend erbracht werden. Jedem Lehramtsstudierenden soll der Zugang zum Masterstudium ermöglicht werden

Um diese Reform der Lehrerausbildung in den kommenden Jahre durchzusetzen, muss die GEW-Bund viel Lobbyarbeit in den 16 Bundesländern leisten. Vor allem muss die Förderalismusreform, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern zurückgedreht werden.

Um 21.20 am Sonnabend wurde der Antrag zur Lehrerausbildung angenommen.

### **Inklusion**

Die Diskussion über die Inklusion, das dritte zentrale Thema für die GEW, wurde erst am Sonntag durchgehechelt. Bremen, Berlin und Rheinland-Pfalz prägten die Diskussion und haben die meisten Anträge gestellt.

Die GEW kritisiert in ihrem Antrag die schleppende und kostenneutrale Umsetzung der Inklusion in den Bundesländern. Die Inklusion braucht optimale Bedingungen, gut ausgebildetes Personal, multiprofessionelle Teams in den Schulen, auch Möglichkeiten der Therapie, ausreichende Räumlichkeiten, Ganztagsbetreuung und eine Berücksichtigung des sozialen Umfeldes der verschiedenen Schulen. Alle Deckelungen von Stellen für pädagogisches Personal müssen aufgehoben werden. Festlegung von Klassenfrequenzen und Kooperationszeiten müssen noch genauer entwickelt und geklärt werden. Das alles kostet richtig viel Geld. Nicht umsonst fordert die GEW vom Bund und den Ländern, 40 Milliarden mehr in die Bildung zu investieren.

Den von der Antragskommission zu *einem* Antrag zusam-

mengefassten 25 Anträgen zur Inklusion wird zugestimmt.

### **Randnotizen – Beiläufiges**

Michael Sommer, noch DGB-Vorsitzender, hielt auf der Eröffnungsveranstaltung seine Abschiedsrede. Es gab schon im Vorfeld des GEW-Gewerkschaftstages Irritationen über die Haltung Michael Sommers zur Bundeswehr; mit deren Vertretern hatte er sich am 5.2.2013 zur Kontaktpflege getroffen und mit dem Verteidigungsminister hatte er eine gemeinsame Presseerklärung abgegeben. Diese Presseerklärung wurde schon auf dem Frühjahrsgewerkschaftstag des Landesverbandes Hamburg in einer Resolution scharf kritisiert und stieß in mehreren Dringlichkeitsanträgen von unterschiedlichen Landesverbänden auch auf dem Bundesgewerkschaftstag auf Ablehnung. Die GEW betont ihre große Sorge über die Bundeswehreinräte im Ausland. Hochschulgruppen setzten sich für eine Klausel des Kooperationsverbotes von Militär und Hochschule im Bereich der Forschung ein. Michael Sommer kündigte aufgrund der massiven Kritik im Herbst eine friedenspolitische Tagung des DGB an, um die Haltung zum Militär/Bundeswehr zu klären.

### **Fazit**

Die GEW hat sich einiges vorgenommen: den Generationenwechsel, steigende Mitgliederzahlen und das Bohren dreier dicker Bretter: Durchsetzungsfähigkeit bei Tarifrunden (LEGO) inklusive Beamtenstreik, die Neuordnung der Lehrerausbildung und Umsetzung der Inklusion in allen Bundesländern unter optimalen Bedingungen. Wiedervorlage in 4 Jahren auf dem 28. Gewerkschaftstag.

WILLI BARTELS  
Hamburger Delegierter auf dem  
27. Gewerkschaftstag in Düsseldorf